

## Die deutsche Volkswirtschaft in der Globalisierung

Die wichtigste Voraussetzung der Globalisierung ist die Liberalisierung der Märkte. Sehr viel stärker als Entwicklungshilfe vermag die Öffnung eines Landes seinen Wohlstand zu heben. So wurden aus den Entwicklungsländern Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong in den 1980er Jahren die wirtschaftlich erfolgreichen „Tigerstaaten“ Asiens. Mit Irland entfaltete sich ein EU-Land ähnlich positiv. Um weitere Märkte und Produktionsstandorte in die Weltwirtschaft zu integrieren, muss der Welthandel weiter liberalisiert werden. Dazu zählt u. a. die Stärkung der WTO, der Abbau von Handelshemmnissen, die Beseitigung der Beschränkungen des Dienstleistungshandels und die Öffnung der Agrarmärkte in den Industriestaaten.

Die Globalisierung steht für zunehmende Arbeitsteilung und Verflechtung nationaler Wirtschaftsräume. Zwischen 1985 und 2004 stieg der Wert des Weltwarenxports nominal um durchschnittlich 8 Prozent pro Jahr; deutlich stärker als die jährliche Weltwarenproduktion (2,8 %). Noch stärker als der Warenexportwert ist mit 8,8 Prozent pro Jahr der Wert des Dienstleistungsexports gewachsen, von 407 Mrd. US-Dollar 1985 auf 2.193 Mrd. US-Dollar 2004.

Deutschland profitiert besonders. So erreichen die Exporte inzwischen 45 Prozent der Wirtschaftsleistung (vgl. Grafik). Der Anteil am globalen Warenhandel betrug von 2000 bis 2005 durchschnittlich 9,7 Prozent, der Anteil der Dienstleistungen 7,5 Prozent.

### Zunehmender Wettbewerb – neue Anforderungen an Politik und Unternehmen

Globalisierung verschärft den weltweiten Wettbewerb von Unternehmen und Standorten. Zunehmend agieren und konkurrieren Betriebe auf Weltmärkten miteinander. Die Attraktivität eines Standortes entscheidet damit über Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze.

Deutschland war für diesen Wettbewerb lange Zeit nicht optimal aufgestellt. Die lange Phase von Stagnation und Rückgang bei den Investitionen endete erst 2006 (vgl. Grafik). Im selben Jahr fiel die deutsche Nettoinvestitionsquote mit 3,8 Prozent im OECD-Ländervergleich auf den vorletzten Platz. Während die deutschen Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen 2007 erneut steigerten – rd. 11 Prozent gegenüber dem Vorjahr – zogen die staatlichen Investitionen nach langen Jahren der Stagnation erstmals wieder an.

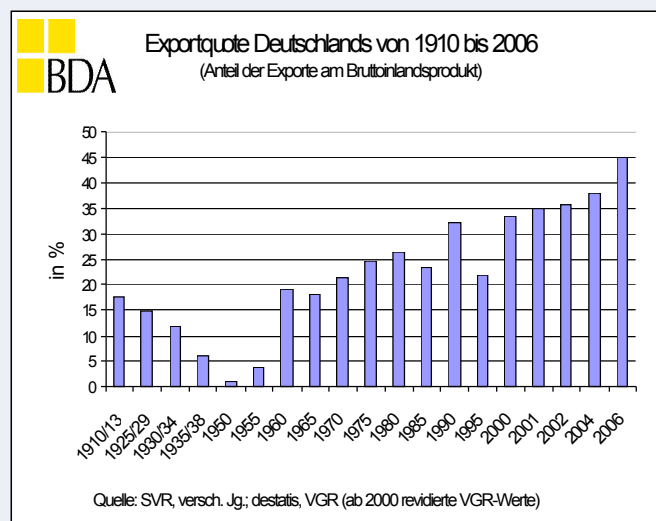
Direktinvestitionen sind das dynamischste Element der Globalisierung. Sie nahmen von 13 Mrd. US-Dollar im Jahr 1970 auf 1.500 Mrd. US-Dollar im Jahr 2007 zu. Zwischen 1985 und 2004 legten sie im Jahresdurchschnitt um 14 Prozent zu. Von 1995 bis 2005 engagierten sich Firmen aus aller Welt mit insgesamt fast 430 Mrd. US-Dollar in Deutschland; das ist weltweit der fünfgrößte Zustrom an Direktinvestitionskapital. Gleichzeitig haben deutsche Betriebe politische Entwicklungen (EU-Osterweiterung) und technologische Entwicklungen (neue Informations- und Kommunikationstechnologien) genutzt, um Standorte in der ganzen Welt zu erschließen und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Nach Analysen der Direktinvestitionsstatistik der Deutschen Bundesbank aus den Jahren 1996 bis 2004 haben deutsche Direktinvestitionen im Ausland das Beschäftigungsniveau hierzulande tendenziell erhöht. Forderungen, grenzüberschreitende Aktivitäten multinationaler

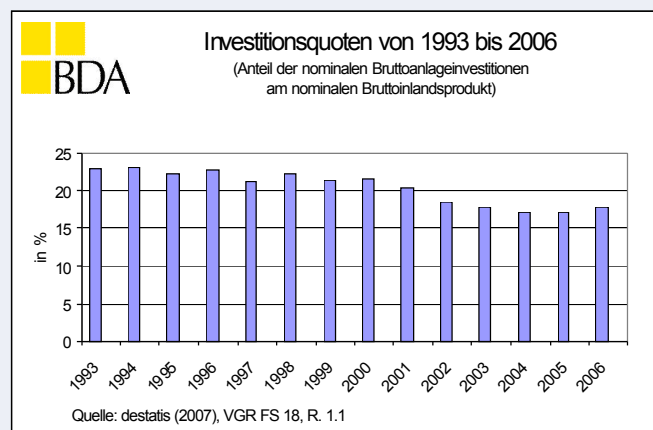
Unternehmen zu begrenzen, sind daher unverständlich. Durch Offshoring entstanden umso eher Arbeitsplätze, je flexibler der Arbeitsmarkt und die Arbeitnehmer waren.

Mit zunehmender Liberalisierung der Kapitalmärkte ist die Finanzierung grenzüberschreitender Aktivitäten deutlich erleichtert worden. So ist der Handel mit und der Bestand an börsengehandelten Anleihen zwischen 1990 und 2005

### Exportanteil nimmt rasant zu



### Investitionen auf niedrigem Niveau



um rd. das Vierfache gestiegen. Nach Angaben von Private Equity Intelligence wurde allein im Jahr 2006 privates Beteiligungskapital (engl. Private Equity (PE)) in Höhe von 308 Mrd. Euro erworben und angelegt. Das verlieh der Globalisierung zusätzliche Dynamik. Erste Adresse für Private-Equity-Investitionen in Europa blieb Großbritannien mit einem Anteil von 33 Prozent an allen europäischen PE-Investitionen. Es folgten Frankreich (15,2 %) und Deutschland (10,2 %).

Der dritte Platz kann eine Tatsache nicht verdecken: Wegen der höheren Steuerlast siedeln sich hierzulande kaum Beteiligungsfonds an. Trotz des Bedeutungszuwachses der PE-Branche weist der deutsche Beteiligungsmarkt deutliche Rückstände gegenüber zahlreichen europäischen Wettbewerbern, erst recht gegenüber den USA, auf. Ein einheitliches Private-Equity-Gesetz, das auch Regelungen für den größten Bereich, den fremdfinanzierten Unternehmensübernahmen „Buy-Outs“ sowie große Teile der Wachstums- bzw. Expansionsfinanzierung umfasst, ist noch nicht in Sicht.

**Verbesserung der Standortbedingungen**

Ein Ansatzpunkt zur Verbesserung der Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene hat die Politik mit der Senkung der Steuerbelastung für Unternehmen erkannt. Mit der Unternehmenssteuerreform wurde die nominale Gesamtsteuerlast der Kapitalgesellschaften zum 1.1. 2008 von rd. 39 Prozent auf rd. 30 Prozent abgesenkt. Damit nimmt Deutschland im europäischen Vergleich einen guten Mittelfeldplatz ein.

Noch nicht befriedigend ist die Situation bei den Gewinnen. Hier befanden sich deutsche Unternehmen 2005 im internationalen Vergleich im untersten Drittel (vgl. Grafik). Allerdings hat sich nach Angaben der Unternehmensbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank die Ertragslage 2006 deutlich verbessert. Ob diese Entwicklung konjunkturell bedingt ist oder ob die deutschen Unternehmen dauerhaft zu den anderen Länder aufschließen, ist noch nicht absehbar.

Die Bestandsaufnahme belegt zweierlei: Deutschland ist Nutznießer der Globalisierung, schöpft aber die Chancen nicht voll aus. Defizite betreffen dabei weniger die Unternehmen, als den Unternehmensstandort. Offenbar ist die Gestaltung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, eine Kernaufgabe der Politik, verbesserungsbedürftig. Ferner sollte der bislang kaum wahrgenommene gesellschaftli-

che Vorteil stärker in der Öffentlichkeit herausgestellt werden, um die Akzeptanz für Globalisierungserfordernisse zu erhöhen.

**Globalisierung nutzen – Hemmnisse überwinden**

Die Globalisierung wirkt sich in den Industriestaaten unterschiedlich aus. Länder, die wie Großbritannien Herausforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft offensiv annehmen, verzeichnen höhere Wohlstandsgewinne als Länder, die wie Deutschland und Frankreich die Globalisierung zu regulieren versuchen. Verantwortlich für die Diskrepanz im Umgang mit einer unaufhaltbaren Entwicklung, deren Behinderung weder wünschenswert noch möglich ist, ist die hierzulande häufig verzerrte und einseitige öffentliche Wahrnehmung. Etwa dann, wenn Vorteile für Unternehmen und Konsumenten nicht der Globalisierung zugeschrieben werden.

In der deutschen Öffentlichkeit werden mit Globalisierung häufig Arbeitsplatzabbau und Standortverlagerungen verbunden. Positive Auswirkungen, wie:

- höhere Produktivität,
- verbesserte Wettbewerbsfähigkeit,
- mehr Mittel für Forschung und Entwicklung,
- mehr Innovationen und Investitionen sowie
- einen geringeren Preissetzungsspielraum,

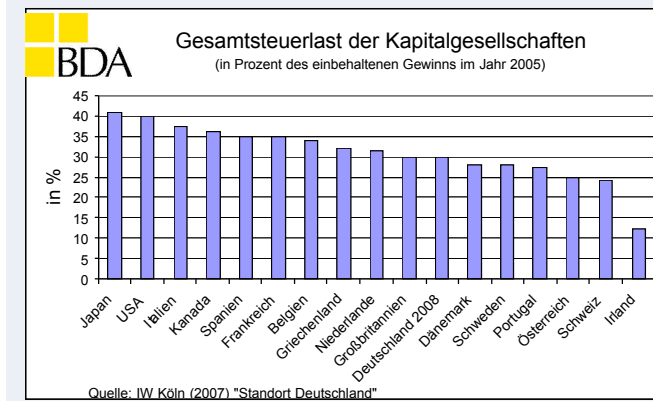
die Unternehmen geringere Beschaffungspreise ermöglichen, bleiben weitgehend unbekannt. Auch Haushalte profitieren als Konsumenten von den positiven Wohlfahrtseffekten aus der Globalisierung durch:

- preiswertere Produkte,
- eine höhere Produktvielfalt sowie
- Einkommen.

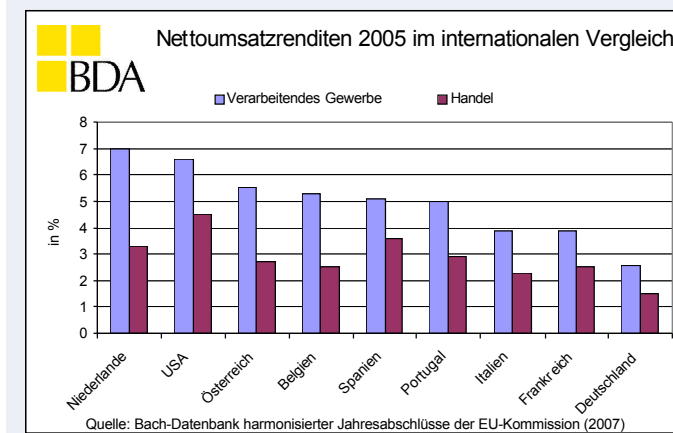
Im Ergebnis zieht die gesamte Volkswirtschaft aus den Begleiterscheinungen der Globalisierung Vorteile. Wachstum und Beschäftigung werden positiv beeinflusst.

Der technologische Fortschritt wird zunehmend über sinkende Produktpreise weitergegeben. Dadurch nimmt der Spielraum für Lohnsteigerungen ab. Für die Tarifpartner bedeutet die Globalisierung damit einen Paradigmenwechsel. Denn ein abnehmender Verteilungsspielraum und ein zunehmender Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten führen zu stärkeren Differenzierungserfordernissen bei den Löhnen. Dem muss die Lohnpolitik durch größere

**Deutsche Steuerlast zu hoch**



**Bei Gewinnen abgeschlagen**



Dezentralisierung Rechnung tragen. Relative Lohnstarrheit dagegen führt zu Arbeitsplatzverlusten. Wegen der höheren Wettbewerbsintensität trifft dies insbesondere gering Qualifizierte mit niedriger Produktivität. Um zu arbeiten benötigen sie einen Niedriglohnsektor. Diesem Aspekt trägt die aktuelle Debatte um Mindestlöhne kaum Rechnung.

**Globalisierung schafft Arbeitsplätze – Verweigerung kostet Arbeitsplätze**

Dass deutsche Erzeugnisse auf den Weltmärkten trotz hohen Arbeitskostenniveaus absetzbar sind, liegt auch daran, dass die Unternehmen günstige Vorleistungen aus dem Ausland beziehen. Seit 1995 hat der Anteil des Auslands an der Wertschöpfungskette der deutschen Exporte deutlich zugenommen. Im Jahr 2006 enthielten die deutschen Warenexporte zu 44,8 Prozent ausländische Wertschöpfungsanteile, 2000 waren es 40,1 und 1995 nur 31,1 Prozent. Zugleich stieg die durch den Export generierte Bruttowertschöpfung stärker als die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung – 1995 waren 16 Prozent der inländischen Bruttowertschöpfung durch den Export induziert, 2000 rund 20 Prozent und 2006 23 Prozent. Diese Netzwerkökonomie vernichtet unter dem Strich keine Arbeitsplätze, sondern schafft neue. So nahm von 1991 bis 2005 in Branchen, die besonders von der Globalisierung profitierten, die Zahl der Erwerbstätigen zu (vgl. Tabelle).

Vielfach können Unternehmen den Großteil ihrer inländischen Arbeitsplätze gerade dann sichern, wenn Teilbereiche der Produktion verlagert und die erweiterten Möglichkeiten der Mischkalkulation über weltweit operierende Standorte hinweg genutzt werden. Laut einer Studie des DIHK aus dem Jahr 2007 ist für 30 Prozent der im Ausland investierenden Betriebe die Kostenersparnis das entscheidende Motiv.

**Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes verbessern**

Der mit der Globalisierung verbundene Strukturwandel stellt erhöhte Anforderungen an die Flexibilität des Arbeitsmarktes. Trotz Rekordständen bei der Erwerbstätigkeit ist es in Deutschland bislang nicht hinreichend gelungen, verlorene Arbeitsplätze an anderer Stelle neu entstehen zu lassen. Ein Grund: Die starren Regulierungen des Arbeitsmarktes. Sie sind trotz einiger Fortschritte, wie vermehrter Zeitarbeit, insbesondere für kleine und mittlere Betriebe ein hohes Einstellungshemmnis. Hauptleidtra-

gende sind die gering Qualifizierten, die besonders von Billiglohn-Konkurrenz betroffen sind. Ziel muss es sein, neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitssuchende mit geringer Produktivität zu schaffen, etwa im Bereich der personen- und haushaltsnahen Dienstleistungen.

**Mindestlöhne verhindern**

Mindestlöhne leisten dazu keinen Beitrag, sondern verschlechtern sogar die Chancen. Werden Löhne für gering Qualifizierte oberhalb ihrer persönlichen Produktivität festgelegt, gehen ihre Arbeitsplätze verloren und neue entstehen nicht. Deshalb ist eine Trennung der Kostenwirkung der Löhne von ihrer Einkommensfunktion sinnvoll.

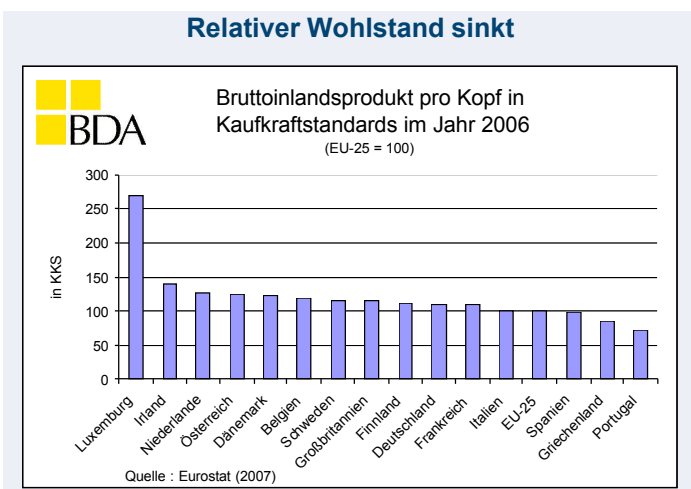
Darauf zielen die verschiedenen Modelle von Kombi-Einkommen. Im Sinne solcher Modelle sind mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II die Regeln für die Anrechnung von Erwerbseinkommen verbessert worden. „Wer arbeitet, soll auch mehr Einkommen haben!“ Dem höheren individuellen Nutzen gegenüber dem reinen Transferbezug steht auch eine höhere gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung gegenüber. Bei den so genannten „Aufstockern“ (Erwerbseinkommen + Alg II) handelt es sich daher in der Regel nicht um einen sozialpolitischen Missstand, sondern um eine Verbesserung für den Einzelnen wie für die Gesellschaft. Und da es sich im Kern nicht um einen Missstand handelt, lässt er sich auch nicht durch Mindestlöhne beseitigen.

**Investitionen in Humankapital verstärken**

Bildungsinvestitionen erhöhen das Humankapital einer Volkswirtschaft. Die PISA-Studie der OECD belegt, dass Deutschland seine Anstrengungen in diesem Bereich erhöhen muss.

**Politik zum Umdenken bewegen**

Der freie Austausch von Gütern, Dienstleistungen und Kapital sowie die Verbesserung unternehmerischer Rahmenbedingungen ermöglicht Wohlfahrtsgewinne für alle Beteiligten. In Deutschland wird den Anpassungserfordernissen an die Globalisierung von der Politik nicht ausreichend Rechnung getragen. Zu häufig werden innovative und wachstumsträchtige Potenziale aus ideologischen Gründen verbannt (z. B. Gentechnikgesetz, Nutzung der Kernenergie) oder es fehlt die politische Durchsetzungskraft (z. B. Deregulierung des Arbeitsmarktes, zu zögerlicher Bürokratieabbau, unzureichende Föderalismusreform). Hier muss die Politik offener werden und Führungsstärke zeigen.



Produktionsbereich	1995	2000	2005
Kraftwagen und Kraftwagenteile	575.000	691.000	706.000
Kunststoffwaren	299.000	397.000	383.000
Sekundärrohstoffe	12.000	18.000	22.000

Quelle: Statistisches Bundesamt (2007), Fachserie 18, Reihe 2

Zuletzt in dieser Reihe erschienen sind:

Nr. 59

#### **Private Equity: Private Kapitalbeteiligungen stärken den Standort Deutschland**

Private Equity ist der Oberbegriff für den gesamten Markt an außerbörslichen privaten Unternehmensbeteiligungen. Im internationalen Vergleich befindet sich Deutschland mit dem vorhandenen Kapitalvolumen deutliche hinter den USA, Großbritannien und Frankreich.

Nr. 58

#### **Deutschland belastet den Faktor Arbeit überdurchschnittlich**

Die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung werden in allen entwickelten Volkswirtschaften mit Steuern und Sozialbeiträgen belastet. Obwohl es sich bei diesen Abzügen um eine direkte Belastung des persönlichen Verdienstes handelt, besteht über den Umfang der Belastung weiterhin Unkenntnis und Unklarheit.

Nr. 57

#### **Trendmäßige Besserung des Gewinn-Niveaus in Deutschland**

Nach langer Durststrecke sieht die wirtschaftliche Bilanz wieder positiv aus. Einen entscheidenden Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Besserung haben die Unternehmen mit ihrer beharrlichen Konsolidierung der Bilanzen geleistet.

Nr. 56

#### **Grundeinkommen: Radikalkur für den Sozialstaat?**

In der öffentlichen Debatte kursieren derzeit verschiedene Modelle zur Einführung und Ausgestaltung eines Grundeinkommens. Doch die Finanzierungsrechnung geht nicht auf.

Nr. 55

#### **Strukturelle Einflüsse beim Rückgang der OECD-Abgabenquote für Deutschland**

Die deutsche Abgabenquote ist entgegen dem Trend gesunken, wie die OECD festgestellt hat. Hierfür gibt es unterschiedliche Ursachen.

Nr. 54

#### **Deutsche Lohnfindung unter Dezentralisierungsdruck**

Das deutsche Lohnfindungssystem befindet sich in einer evolutiven Phase. Veränderungen innerhalb der Tarifparteien und wachsender Wettbewerb auf allen Stufen der Wertschöpfungskette sind treibende Faktoren.

Nr. 53

#### **Bundshaushalt – Massive Ausgabensenkung unausweichlich**

Die Verschuldung des deutschen Gesamtstaates nimmt immer drastischere Formen an. Die Bundesschuld hat sich in den letzten 20 Jahren vervierfacht. Nach der Wiedervereinigung sind die Schulden rapide gestiegen.

### **Ansprechpartner bei der BDA**

Dr. Hans-Jürgen Völz

E-Mail: [h.voelz@bda-online.de](mailto:h.voelz@bda-online.de)

Tel.: 030 2033-1957

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände  
Haus der Deutschen Wirtschaft, Breite Straße 29  
10178 Berlin

### **Die BDA im Internet**

[www.bda-online.de](http://www.bda-online.de)

Startseite > Themen > Volkswirtschaft > Volkswirtschaftlicher Argumentendienst